

Bericht vom offenen SPD Stammtisch des Ortsverein Markt Schwaben

„SPD Regierungsprogramm 2017 – Diskussion zu dem Entwurf“

Trotz des schönen Wetters fanden sich am 01. Juni 2017 auf Einladung des Ortsvereins rund 15 Genossinnen und Genossen sowie interessierte Bürger in der Gaststätte Sonnblick ein, um über die Ausrichtung und den Schwerpunkt des Regierungsprogramms 2017 zu diskutieren.

Manfred Kabisch, Vorsitzender, erläuterte in seinem einführenden Statement den vorgesehenen Ablauf der Programmdebatte und führte moderierend durch den Abend. Als Einstieg in die inhaltliche Diskussion wurden von ihm einige Thesen aus dem Regierungsentwurf vorgestellt. Es folgte eine lebendige und auch kontroverse Debatte, bei der u.a. die endgültige Abkehr von der Agenda-Politik, die Besinnung auf soziale Gerechtigkeit als Markenkern der SPD und die „Resozialdemokratisierung“ der SPD gefordert wurde.

Als Problem im Wahlkampf wurde diskutiert, dass das Wahlprogramm zwar sehr gut sein mag, die Glaubwürdigkeit für den Bürger aber nicht unbedingt gegeben ist. Wie können die Menschen wieder Vertrauen in die SPD gewinnen, wenn die praktischen Erfahrungen, zum Beispiel im Tariffbereich, dem entgegenstehen? In diesem Zusammenhang ist der Umgang mit den eigenen Fehlern wichtig, wenn die Diskussion der Vergangenheit nicht am Infostand im Vordergrund stehen sollte. Eine ausgewogene Darstellung der Erfolge und der Fehlentwicklungen wird notwendig sein.

Insbesondere bei der klar formulierten Kritik in der Debatte zum Steuersystem stellte sich heraus, dass es zum Thema offensichtlich teilweise unterschiedliche grundsätzliche und taktische Ansätze gibt. Wenn wir eine Neubestimmung des Verhältnisses von Markt und Staat schaffen wollen, müssen wir auch die Frage der Finanzierung des Staates selbstbewusst, pointiert und nachvollziehbar angehen und erklären, auf welchem Weg wir welche Einkommen und Vermögen zur Finanzierung heranziehen wollen.

Im Kontext einig waren sich die Teilnehmer, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht über Erfolgsbilanzen wie den Mindestlohn oder die Mietpreisbremse im Rahmen der anstehenden Bundestagswahl abstimmen, sondern darüber, wem sie die politische Gestaltungsfähigkeit der Zukunft zutrauen. Dafür sei ein für alle verständliches Programm mit klaren Botschaften erforderlich.